

Anträge der Mittelstands-Union zum Parteitag der CSU am 28./29. Oktober 2022

Antragsbuch

Redaktion:
Mittelstands-Union der CSU, der Landesgeschäftsführer

Mies-van-der-Rohe-Str. 1, 80807 München,
Telefon 089/1243-272, Telefax 089/1243-4272
mu@csu-bayern.de

INHALT

Antrag Nr. 01	Amtsvoraussetzungen und Amtszeitbegrenzung	S. 4
Antrag Nr. 02	Keine harten Lockdowns mehr!	S. 6
Antrag Nr. 03	Einführung einer Orphan-Regelung für Medizinprodukte	S. 9
Antrag Nr. 04	Finanzielle Entlastung von Ausbildungsbetrieben	S. 10
Antrag Nr. 05	Entlastung von Fortbildungsabsolventen bei Kurs- und Prüfungsgebühren	S. 11
Antrag Nr. 06	Verpflichtende Berufsorientierung an allen Schulen	S. 12
Antrag Nr. 07	Erweiterung des Antragsrechts zum Parteitag	S. 13

Antrag-Nr. 01 Amtsvoraussetzungen und Amtszeitbegrenzung	28./29.10.2022
Antragsteller: Dipl. Ing. (FH) Peter Erl, Wolfgang Heim (Mittelstands-Union)	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

0 **Der Parteitag möge beschließen:**

1 1. Es wird einer neuer § 8a der CSU-Satzung eingeführt:

2 §8a Amtsvoraussetzungen

3 (1) Die Organe in der CSU verwirklichen in ihrem jeweiligen
4 Verantwortungsbereich die ausgewogene Teilhabe von Mitgliedern mit
5 und ohne Ausbildung bzw. Berufserfahrung sowie von Angehörigen und
6 Nicht-Angehörigen des öffentlichen Dienstes.

7 (2) 50 % der Kandidaten für ein Europa-, Bundestags- oder Landtagsmandat
8 sollen über eine abgeschlossene Ausbildung mit mindestens fünfjähriger
9 Berufserfahrung (ohne Ausbildung bzw. Abschluss mind. 10 Jahren) in der
10 freien Wirtschaft oder im öffentlichen Dienst verfügen.

11 (3) Die Zahl der Amtsträger aus dem öffentlichen Dienst soll auf allen Ebenen
12 unter 50% liegen.

13

14 2. § 52 der CSU-Satzung wird um einen neuen Absatz 2 ergänzt:

15 (2) Die Ämter des Parteivorsitzenden und eines stellvertretenden
16 Parteivorsitzenden darf ein Mitglied für maximal zehn Jahre ausüben. Die
17 Anzahl von hauptamtlichen Mandatsträgern in Parteivorstand darf
18 maximal 60% aller Mitglieder des Parteivorstandes betragen.

19 **Begründung:**

20 **Kultur folgt der Struktur:** Durch diese formalen Strukturen wird eine Konzentration
21 der Macht reduziert und eine Politik aus eigenem Interesse erschwert. Führen heißt
22 auch in einer politischen Partei zu dienen und nicht zu herrschen. Weiterhin wird

23 durch diese Regelungen der innerparteiliche demokratische Prozess entwickelt und
24 die Lebensrealität sowie der Bevölkerungsquerschnitt besser repräsentiert,
25 verbunden mit einer pragmatischen Kompetenz.

Antrag-Nr. 02 Keine harten Lockdowns mehr!	28./29.10.2022
Antragsteller: Wolfgang Heim, Dipl. Ing. (FH) Peter Erl, Dr. h.c. Hans Michelbach, Franz Josef Pschierer, Dr. Thomas Geppert (Mittelstands-Union)	Beschluss: <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

1 **Der Parteitag möge beschließen:**

2 Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag
3 werden aufgefordert, durch politische Aktivitäten und Gesetzesvorhaben dafür Sorge
4 zu tragen, dass Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pandemie ausschließlich auf
5 fakten- und wissensbasierten Grundlagen ergriffen werden, insbesondere keine
6 harten Lockdowns beschlossen werden. Anstelle genereller Lockdowns sind
7 evidenzbasierte Schutzkonzepte für die Risikogruppen auszuarbeiten. Schließlich
8 bedarf es eines Belastungsmoratoriums und einer Aufarbeitung der Krise ohne
9 Tabus.

10 **Begründung:**

11 Wir erleben die größte wirtschaftliche Krise seit Jahrzehnten, Lieferketten geraten
12 unter Druck, weltweit. Die Bedrohungs-Lage wird für Teile des Mittelstands immer
13 unerträglicher und dramatischer, in Deutschland und in Bayern.

14 Es geht in dieser Krise nicht um die Unternehmerschaft, sondern um die
15 Bürgerschaft, und damit um Unternehmer und Arbeitnehmer, die Familien ernähren
16 und der Volkswirtschaft dienen.

17 Nur gemeinsam, mit den Unternehmen und mit den Menschen, können wir gestärkt
18 aus der Krise herauskommen.

19 Nicht gegen die Unternehmen, nicht gegen die Menschen. Wenn die Menschen die
20 Maßnahmen nicht verstehen und akzeptieren, sondern nur durch staatliche
21 Zwangsmaßnahmen erdulden, werden wir alle nicht gewinnen! Nach vorne blickend
22 muss die Politik deutlich machen, dass wir diese Krise nur durch und mit einer
23 starken Wirtschaft bewältigen können.

24 Der Mittelstand fordert die Rückkehr zu einer nüchternen, faktenbasierten
25 Diskussion über Lösungen und Entscheidungsfindung und -Verkündung. Wir fordern
26 insgesamt breiter gestreutes Expertenwissen aufzunehmen und dieses als
27 Entscheidungsgrundlage auch mit nachvollziehbaren Regelungen zu kommunizieren.

28 Wir alle brauchen Entscheidungen und darauf basierende Maßnahmen, welche die
29 Menschen verstehen und aus überzeugter Akzeptanz ihrer Sinnhaftigkeit und
30 Zielorientiertheit heraus befolgen!

31 Ein Lockdown ist nicht die richtige Medizin: die Zahlen des RKI belegen ohne
32 vernünftige Zweifel, dass auf die Gesamtbevölkerung bezogene Lockdowns für den
33 Schutz der Gesamtbevölkerung und damit auch des Gesundheitssystems ungeeignet
34 sind. Viel wichtiger ist es, tragfähige Schutzkonzepte auf die höchst und leidvoll
35 betroffene Risikogruppe zu konzentrieren!

36 *„Während kleine Vorteile nicht ausgeschlossen werden können, finden wir keine*
37 *signifikanten Vorteile restriktiverer Lockdowns auf das Fallwachstum. Vergleichbare*
38 *Reduzierungen können mit weniger restriktiven Interventionen erreicht werden.“*

39 Zu dieser essenziellen wissenschaftlichen Erkenntnis kam Prof. Ioannidis in seiner
40 Studie zur Wirksamkeit von Lockdowns¹; er ist Professor für Medizin und Professor
41 für Epidemiologie und Bevölkerungsgesundheit an der Stanford University und einer
42 der meist-zitierten Wissenschaftler weltweit.

43 Im Mai 2022 resümiert die BILD-Zeitung², dass **Deutschlands Pandemie-Politik im**
44 **weltweiten Vergleich zwar streng war, aber nicht besonders erfolgreich.** Das BILD
45 Resümee fußte auf einer weltweiten Auswertung der Weltgesundheitsorganisation
46 WHO³ zur Übersterblichkeit, sowie auf weiteren Studien zur Lebenserwartung⁴.

¹ BENDAVID E./IOANNIDIS J. (2021): Eran Bendavid, Christopher Oh, Jay Bhattacharya, John P.A. Ioannidis, Assessing mandatory stay-at-home and business closure effects on the spread of Covid-19, Stanford University, Stanford <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/epdf/10.1111/eci.13484>

² BÖHM, J. (2022): Julius Böhm, Corona-Zeugnis der WHO - So schlecht ist Deutschland durch die Pandemie gekommen. <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/corona-zeugnis-der-who-deutschland-schlecht-durch-die-pandemie-gekommen-80002048.bild.html>

³ WHO (2022), Global excess deaths associated with COVID-19 (modelled estimates) <https://www.who.int/data/sets/global-excess-deaths-associated-with-covid-19-modelled-estimates>

47 Übersetzt in das verfassungsrechtlich gesicherte Gebot der Verhältnismäßigkeit
48 muss die Entscheidung zur Pandemie-Bekämpfung also lauten:

49 **Bei Abwägung der enormen Lockdown Schäden gegen die mangelnde Wirksamkeit**
50 **des Schutzes von Bürgern und Gesundheitssystem durch Lockdowns sind**
51 **geeignete Mittel zum Schutz von Bürgern und Unternehmerschaft einzusetzen.**

⁴ MASTERS R. (2022) et al., Ryan K. Masters, Laudan Y. Aron, Steven H. Woolf, Changes in life expectancy between 2019 and 2021: United States and 19 peer countries, University of Colorado, Boulder. <https://www.medrxiv.org/content/10.1101/2022.04.05.22273393v1>

Antrag-Nr. 03 Einführung einer Orphan-Regelung für Medizinprodukte	28./29.10.2022
Antragsteller: Wolfgang Heim, Dipl. Ing. (FH) Peter Erl, Dr. h.c. Hans Michelbach (Mittelstands-Union)	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

1 **Der Parteitag möge beschließen:**

2 Die CSU-Gruppe im Europäische Parlament und die CSU-Landesgruppe im Deutschen
3 Bundestag werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß auch für
4 Medizinprodukte eine Orphan Regelung Medical Device für seltene Erkrankungen
5 eingeführt wird.

6 **Begründung:**

7 Durch die Verordnung EU 2017/45 über Medizinprodukte werden auch seit
8 Jahrzehnten bewährte Produkte einer Zulassung zugeführt. Die Prüfungen führen bei
9 Produkten, die selten gebraucht werden dazu, daß sie nicht mehr kostendeckend
10 hergestellt werden können. Geringe Stückzahlen sind vor allem in der
11 Kinderheilkunde zu finden. Stents in der Kinderkardiologie sind hier ein Beispiel von
12 sehr vielen.

13 Um eine Nichtversorgung zu verhindern, ist eine Regelung erforderlich, die der
14 Orphan Regelung von Arzneimitteln (Verordnung (EG) Nr. 141/2000 des Europäischen
15 Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 1999 über Arzneimittel für seltene
16 Leiden) vergleichbar ist.

17 Eine Orphan Medical Device Regelung würde helfen, unsere schwächsten, unsere
18 Kinder, zu schützen. Regeln für Produkte, die selten verwendet, aber
19 lebensnotwendig sind, dürfen nicht einem Verfahren unterzogen werden wie
20 einfache Massenprodukte. Da alle Produkte, die sich bis jetzt am Markt befunden
21 haben, auch als sicher galten, ist diese Regelung als sicher einzustufen.

Antrag-Nr. 04 Finanzielle Entlastung von Ausbildungsbetrieben	28./29.10.2022
Antragsteller: Wolfgang Heim, Dipl. Ing. (FH) Peter Erl, Dr. h.c. Hans Michelbach, Prof. Dr. Elmar Forster, Franz Josef Pschierer, Dr. Thomas Geppert (Mittelstands-Union)	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

1 **Der Parteitag möge beschließen:**

2 Die Bayerische Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass kleine und mittlere
3 Ausbildungsbetriebe durch einen steuerlichen Zuschuss auf Basis der tatsächlichen
4 Ausbildungskosten für ihr volkswirtschaftliches Engagement unterstützt werden.

5 **Begründung:**

6 Wir leben in gesellschaftlich und wirtschaftlich schwierigen Zeiten. Klimawandel,
7 Wohnungsbau, Ausbau der digitalen Infrastruktur, Migrationsströme und vieles mehr
8 – Für diese Megaherausforderungen brauchen wir gute Lösungen. Allen sollte
9 mittlerweile klar sein, dass wir nur mit genügend Fachkräften im Handwerk, Handel
10 und im Dienstleistungsbereich die genannten Herausforderungen bewältigen
11 können.

12 Die Corona-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen haben auf dem
13 Ausbildungsmarkt erhebliche Spuren hinterlassen.

14 Gerade kleinste und kleine Unternehmen leisten daher einen gesellschaftspolitisch
15 enorm wichtigen Beitrag für weiterhin qualitativ hochwertige berufliche Ausbildung
16 und fördern darüber hinaus die Integration von jungen Migranten in den
17 Arbeitsprozess.

18 Eine Ausbildung kostet einen kleinen Betrieb zwischen 16.000 und 20.000 Euro
19 jährlich. Ein steuerlicher Ausbildungszuschuss analog zur unlängst eingeführten
20 Forschungsförderung könnte dazu beitragen, die Ausbildungsbereitschaft der
21 Betriebe aufrechtzuerhalten und wäre eine Anerkennung der Ausbildungsleistung
22 der Betriebe in einem zunehmend schwierigeren Ausbildungsumfeld.

<p>Antrag-Nr. 05 Entlastung von Fortbildungsabsolventen bei Kurs- und Prüfungsgebühren</p>	<p>28./29.10.2022</p>
<p>Antragsteller: Wolfgang Heim, Dipl. Ing. (FH) Peter Erl, Dr. h.c. Hans Michelbach, Prof. Dr. Elmar Forster, Franz Josef Pschierer (Mittelstands-Union)</p>	<p><u>Beschluss:</u></p> <p><input type="checkbox"/> Zustimmung</p> <p><input type="checkbox"/> Ablehnung</p> <p><input type="checkbox"/> Überweisung</p> <p><input type="checkbox"/> Änderung</p>

1 **Der Parteitag möge beschließen:**

2 Die Bayerische Staatsregierung setzt sich dafür ein, die vorhandenen
3 Förderinstrumente auf der Grundlage einer individuellen Förderung
4 weiterzuentwickeln und dadurch erfolgreiche Fortbildungsteilnehmer von weiteren
5 Kosten zu entlasten und die mit der Förderung verbundenen administrativen
6 Anforderungen zu entbürokratisieren.

7 **Begründung:**

8 Die bestehenden Förderinstrumente sind bei den Bildungsinstitutionen bekannt und
9 haben sich als individuelle Leistungsanreize bewährt. Eine umfassende
10 Neuaufstellung des Fördersystems im Bereich der Höheren Berufsbildung ist daher
11 aus Sicht der mittelständischen Wirtschaft weder sinnvoll noch erforderlich. Um
12 dennoch das politische Ziel, Fortbildungsteilnehmer deutlich stärker als bisher von
13 Kurs- und Prüfungsgebühren zu entlasten, zu erreichen, sollten sowohl die
14 Einzelinstrumente wie z. B. das Aufstiegs BAföG als auch das Gesamtgefüge der
15 Fördermöglichkeiten in den Blick genommen und durch Feinjustierungen
16 weiterentwickelt werden.

Antrag-Nr. 06 Verpflichtende Berufsorientierung an allen Schulen	28./29.10.2022
Antragsteller: Wolfgang Heim, Dipl. Ing. (FH) Peter Erl, Dr. h.c. Hans Michelbach, Prof. Dr. Elmar Forster, Franz Josef Pschierer, Dr. Thomas Geppert (Mittelstands-Union)	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

1 **Der Parteitag möge beschließen:**

2 Die Bayerische Staatsregierung setzt sich dafür ein, dass das Bayerische Gesetz über
3 das Erziehungs- und Unterrichtswesen künftig ein 1-wöchiges berufliches Praktikum
4 an allen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen verbindlich vorschreibt.

5 **Begründung:**

6 Die Berufswahlentscheidung junger Menschen wird im Wesentlichen durch Eltern,
7 Lehrer und Freunde beeinflusst. Wichtige Faktoren sind aber auch die persönlichen
8 Erfahrungen, die junge Menschen anlässlich eines Betriebspraktikums machen.
9 Dabei erkennen sie eigene Stärken und Schwächen, sammeln praktische
10 Erfahrungen und entscheiden sich daraufhin evtl. für eine berufliche Ausbildung.

11 Während der 2-jährigen Pandemie konnte die bayerische Wirtschaft solche
12 „Schnupperpraktika“ nicht anbieten. Unter anderem dieser Umstand führte im
13 bayerischen Handwerk im Jahr 2021 zu einem Rückgang bei den Auszubildenden von
14 nahezu 15 Prozent gegenüber 2019.

15 Lediglich in bayerischen Mittelschulen ist ein 1-wöchiges Berufswahlpraktikum
16 verpflichtend in den Lehrplänen vorgesehen. Dies soll künftig in allen Schularten der
17 allgemeinen und berufsbildenden Schulen gelten. Ohne Fachkräfte in der Wirtschaft,
18 speziell im Handwerk wird es weder eine Energiewende geben, noch werden
19 dringend nötige Wohnung gebaut werden können.

Antrag-Nr. 07 Erweiterung des Antragsrechts zum Parteitag	28./29.10.2022
Antragsteller: Wolfgang Heim, Dipl. Ing. (FH) Peter Erl, Dr. h.c. Hans Michelbach, Franz Josef Pschierer, Dr. Thomas Geppert (Mittelstands-Union)	<u>Beschluss:</u> <input type="checkbox"/> Zustimmung <input type="checkbox"/> Ablehnung <input type="checkbox"/> Überweisung <input type="checkbox"/> Änderung

1 **Der Parteitag möge beschließen:**

2 § 47 Abs. 1 Nr. 6 der CSU-Satzung wird wie folgt geändert:

3 jedes Gremium (einschließlich Vorstand) der Arbeitsgemeinschaften und
4 Arbeitskreise an die Organe der Partei auf entsprechender Ebene.

5 **Begründung:**

6 Anders als innerhalb der CSU, können die Gremien der Arbeitsgemeinschaften (AG)
7 und Arbeitskreise (AK) bisher lediglich an das genau entsprechende Gremium der
8 CSU Anträge stellen. Das bedeutet insbesondere, dass Anträge an den Parteitag von
9 AG und AK nur durch deren jeweilige Landesversammlung gestellt werden können,
10 während es innerhalb der CSU bereits dem CSU-Kreisvorstand möglich ist, Anträge
11 an den Parteitag zu stellen.

12 Insbesondere die Landesvorstände der AG und AK sollten aber die gleichen Rechte
13 wie die CSU-Kreisverbände haben, um die für die gesamte CSU wichtige jeweilige
14 arbeitsbereichsspezifische inhaltliche Arbeit entsprechend zu vertiefen und die
15 Kompetenz zu nutzen.

16 Nicht nur Corona-bedingt sind die Termine der CSU-Parteitage weniger planbar
17 geworden. Auch anderweitig können die Landesversammlungen der AG/AK nicht
18 immer auf die Antragsfristen der Parteitage abgestimmt werden, z. B. aufgrund
19 eigener Wahlkorridore oder Haupturlaubszeiten. Dies erschwert die Antragstellung
20 durch die AG/AK. Der Behelf der Antragsstellung über Parteitagsdelegierte der
21 jeweiligen AG/AK ist nicht zufriedenstellend, da damit die eigentliche Herkunft der
22 Anträge aus den jeweiligen AG und AK nicht sichtbar wird.

23 Eine Überlastung des Parteitags oder anderer Gremien ist nicht zu befürchten, da die
24 Anträge bereits jetzt über entsprechende Parteitagsdelegierte eingebracht werden.